



Oestrich-Winkel, 19.01. 2020

Antrag:

Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments in Oestrich-Winkel

Der Magistrat wird beauftragt,

1. die Wiederaufnahme der Jugendbeteiligung in Form eines Jugendparlaments zu erklären und ein entsprechendes Gremium einzurichten, das die Hessische Gemeindeordnung gemäß §§ 4c, 8c (HGO) ausdrücklich vorsieht. Das Gremium gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, sich kommunalpolitisch in allen sie betreffenden Politikfeldern zu beteiligen.
2. Für das Kinder- und Jugendparlament ist eine Satzung zu erarbeiten. Sie regelt die Ziele, Rechte und Pflichten, die finanzielle Ausstattung sowie dessen tatkräftige Unterstützung durch die Stadtverwaltung.

Begründung:

Die Fridays-for Future-Bewegung zeigt, dass es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zunehmend Jugendliche gibt, die sich für den Klimaschutz und vor allem ihre eigene Zukunft vehement einsetzen. In Oestrich-Winkel gibt es derzeit kein Gremium, in das Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ihre Belange und Partizipationsrechte politisch gezielt einbringen und die Auswirkungen ihres Engagements nachvollziehen können. Erste Ansätze, die vor einigen Jahren von Grünen und SPD in der Stadtverordnetenversammlung initiiert worden waren, reichten nicht aus, um weitere Jugendliche zu mobilisieren und ein aktives Jugendparlament zu etablieren. Jetzt ist es an der Zeit, über eine angemessene politische Repräsentanz und Mitbestimmung von Jugendlichen neu nachzudenken. Allein in Hessen haben bereits annähernd 20 Kommunen gute Erfahrungen mit entsprechenden Jugendvertretungen gemacht – darunter Bad Camburg, Limburg, Wiesenbaden etc.

Die Stadt Oestrich-Winkel hat sich durch einen einstimmig gefassten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Februar 2019 dem Ziel verpflichtet, eine nach Maßstäben der Unicef „Kinderfreundliche Kommune“ zu sein. Um diesen Status zu halten, muss sie eine Reihe von Maßnahmen in die Wege leiten. In Maßnahme 8 des von der SV beschlossenen „Aktionsplans Oestrich-Winkel 2018-2020“ wird unter dem Titel „Kinder- und Jugendbeteiligung der Kommune“ ausdrücklich als Ziel genannt:

„Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen stärken und Etablierung einer Struktur, die es jungen Menschen ermöglicht, ihr Recht auf Mitsprache wahrzunehmen“. Mit der Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments kommt die Stadt Oestrich-Winkel dem selbst gesteckten Ziel, eine kinderfreundliche Kommune zu sein, einen Schritt näher.

Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.1.2020 hat sich eine große Mehrheit des Hessischen Landtags dafür ausgesprochen, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich stärker politisch zu beteiligen. Danach sagte der jugendpolitische Sprecher der CDU, Max Schad, seine Fraktion sehe auf kommunaler Ebene Bedarf für mehr Kinder- und Jugendparlamente. Er bedauerte, dass Jugendvertretungen nur in manchen Städten und Gemeinden bestehen, obwohl die Hessische Gemeindeordnung dies als Soll-Vorschrift vorsehe.

Die Bundesregierung will 2020 einen Gesetzentwurf für die explizite Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz vorlegen. Zu den Grundrechten soll auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen gehören.

In kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten können Minderjährige wirksam Kommunalpolitik mitgestalten: von der Einrichtung und Gestaltung neuer Spiel- und Bolzplätze über Verkehrsführung und Klimaschutz bis hin zum Schutz vor Gewalt und mehr.

Es gibt in hessischen Kommunen bereits Kinder- und Jugendparlamente. Sie sind konkrete Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche vor Ort, sie nehmen ihre Anregungen und Forderungen auf und können diese in die Politik einspeisen.

Um Frustration und Resignation – oder gar ein Scheitern - zu vermeiden, kommt es entscheidend darauf an, dass die Kinder und Jugendlichen tatsächliche Einflussmöglichkeiten erhalten. „Oberster Grundsatz in der Kommune sollte sein, dass das Kinder- und Jugendparlament ernst genommen wird und vonseiten der Politik und Verwaltung eine Begegnung auf Augenhöhe stattfindet“, sagt der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerks, Holger Hofmann.

Die Rechte und Pflichten des Kinder- und Jugendparlamentes sollten klar definiert sein – ähnlich wie dies bei den Ortsbeiräten in Oestrich-Winkel der Fall ist, die ja ebenfalls mit dem Ziel einer größeren Partizipation eingerichtet wurden. Wichtig sind insbesondere eine das Kinder- und Jugendparlament unterstützende und begleitende Fachkraft sowie eine feste und aufgeschlossene Anlaufstelle des Kinder- und Jugendparlamentes in der Verwaltung.

Gez.:

Dr. Ute Weinmann (Fraktionsvorsitz)

Markus Jantzer (Stellv. Fraktionssvorsitz)